

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Erstausgabe: Montag
Der Anzeiger von
Barmen und Elberfeld
erschienen täglich, aus-
genommen an Sonn- und
Feiertagen, von 6 Uhr
abends bis 12 Uhr
mittags.
Die Geschäftsstelle
ist täglich geöffnet von
8-12 Uhr, 2-6 Uhr,
Sonntags von 8-12 Uhr.

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Neumannstr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

Zurückweisung Poincaré'scher Vorwürfe. Neuerungen Stresemanns.

WTB London, 3. Nov. (Dr. H. B.) Die Times veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Berichters mit dem Reichs-kanzler Stresemann, in der dieser eingehend die schweren Vorwürfe, die Poincaré in seiner Rede in Revers gegen die deutsche Politik gerichtet hatte, zurückwies. Der Kanzler erklärte dem Korrespondenten:

Die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten, dass Frankreich seine territorialen Vorteile in Europa aus dem Kriege gezogen hat, durch die Wiedererlangung der Elbe, Lothringen und Saar, ist ungenau. Frankreich hat seinen Reichtum an Eisen und Stahlindustrie und seine Textilindustrie bei sich die wirtschaftliche Kraft Frankreichs außerordentlich gestärkt. Allein die Wirtschaft der Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs ist gegenüber 1914 auf das Doppelte gestiegen. Auch sonst hat Frankreich — ich brauche nur an Oberschlesien und das Saargebiet zu erinnern — seine wirtschaftliche Machtstellung ausgebaut. Deutschland hat nichts unterlassen, um der Kapitalflucht ins Ausland zu wehren, und ich selbst habe erst kürzlich erklärt und wiederhole es jetzt, dass ich nichts mehr wünsche, als das im Ausland befindliche Vermögen bis auf den letzten Pfennig für Staatszwecke heranzuziehen. Leider sind die verschiedenen Versuche, die zur Erfassung der im Ausland befindlichen Vermögens in ihrer Höhe wohl sehr überschätzten Kapitalien gemacht worden sind, bislang vergeblich geblieben. Nicht nur wurden keinerlei durch das Reich im Westen und später durch die Ruhrbesetzung Möglichkeiten geschaffen, die es den deutschen Kapitalisten gestatteten, ins Ausland hinauszuströmen, sondern auch die anderen ergriffenen Maßnahmen gegen die ins Ausland abgewanderten Kapitalien sind ergebnislos geblieben. Ich darf in dieser Hinsicht nur an die elenden Erfahrungen Frankreichs erinnern, die es mit seinem Kapitalfluchtgeschick gemacht hat, dessen Bestimmungen doch unter ungleich günstigeren Bedingungen erlassen wurden. Trotzdem musste der französische Finanzminister de Lasteyrie im Februar in der französischen Kammer erklären, dass nur auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen wirksam gegen die Kapitalflucht vorgegangen werden könne. Zu solchen internationalen Vereinbarungen drängt Deutschland — ich darf nur auf unsere Bemühungen während der Konferenz von Genèva verweisen — nach Kräften.

Der französische Ministerpräsident hat dann wieder von dem angeblichen systematischen Bankrott Deutschlands erzählt, wodurch wir uns unseren vertraglichen Verpflichtungen entziehen wollten. Sie wissen, was Deutschland geleistet hat, und wie die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen. Ich will daher auf Argumente verzichten, ich will nur die Meinung eines Landesmannes von Poincaré wiederholen. Louchere, der seinerzeit im „Comme Libre“ die Frage, ob er an den absehlich vorbedachten Bankrott Deutschlands glaube, aufs bestimmteste verneinte, fügte hinzu: „Wir müssen auf diese

Legende des betrügerischen Bankrotts des Reiches verzichten, den es zugunsten deutscher Privatpersonen gemacht haben soll.“ In Deutschland ist jeder Mann in Sorge über den in Deutschland niedergang der Welt, der das Land verarmt, unaufhörlich die Lebenskosten steigen und den Lohn der Arbeiter vermindert, nein, Deutschland — so hat Louchere damals erklärt — ist kein blühendes Land, obwohl es keine Arbeitslosen hat. Seine Prosperität ist nur Fassade; wenn man nicht Abhilfe schafft, so geht es dem Lande unter, zu dem wir uns nicht beizugehen können.

Zeit diesen Worten Loucheres verschlechterte sich die Situation noch weit mehr. Wir haben eine durchbare Arbeitslosigkeit, und die letzten Tage werden es Ihnen gezeigt haben, welches Interesse das ganze Volk daran hat, aus dem lästigen Niedergang der Welt herauszukommen und wieder eine feste monetarische Grundlage zu gewinnen. Wenn Poincaré seine Währungsreform mit dem mangelnden Erfüllungswillen, jetzt mit dem weiteren Widerstand auf militärischem Gebiet zu rechtfertigen sucht, so setzt er sich damit mit sich selbst in Widerspruch. Seine Behauptungen stehen mit den Tatsachen nicht im Einklang. Das deutsche Volk hat alles aufgegeben, um die flutende Währungsreform zu gewinnen. Aber die von allen Seiten anerkannte Unmöglichkeit der Aufbringung der von Frankreich geforderten Summen hat Deutschland veranlasst, um ein Moratorium nachzusuchen.

Jetzt soll die Festhaltung der Pfänder aber aus militärischen Gründen gerechtfertigt werden. Angeblich herrscht in Deutschland die „schwarze Reichswehr“, die eine furchtbare Macht bedeuten soll. Hierüber wurde von uns schon vor einigen Tagen ein Kommuniqué ausgegeben. Unsere Reichswehr ist genau nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages ausgerüstet, und wenn die Bestimmungen vorgenommen wurden, so konnte

dies geschehen, weil die uns durch den Versailler Vertrag zugesicherte Stärke von 100 000 Mann noch nicht erreicht war. Die schweren wirtschaftlichen und politischen Krisen, die Sie in Deutschland beobachten, sind nicht eine Folge des deutschen Verhaltens oder falscher Maßnahmen der Reichsregierung, sondern lediglich das Ergebnis der von der französischen Regierung gegen uns angewendeten Methoden. Lässt man uns im Ruhrgebiet und im Rheinland arbeiten, zwingt man unsere Landbesitzer nicht gegen ihren ausdrücklichen Willen die Weizenfelder zu verlassen, die separatistische Bewegung und deren Führer, die auch von Ihrem Blatte als das größte Gefährd der Gegenwart gekennzeichnet wurden, auf, regelt man die Wiederherstellungsbedingungen, so, dass Deutschland sie tragen kann — dann werden auch die Erschütterungen verschwinden, durch die jetzt die Existenz des Deutschen Reiches bedroht ist.

Die „Kleine Koalition“.

Keine Erweiterung nach rechts.
Kein Zusammentritt des Reichstages.

GA. Berlin, 4. Nov. (Eig. Dr. H. B.) Der Reichskanzler hat im Laufe des gestrigen Tages mit den verschiedenen Führern der kleinen Koalition konfariert. Das Ergebnis dieser Besprechungen wurde am Abend in einer Sitzung der demokratischen Fraktion bekanntgegeben. Zusammenfassend kann man sagen, dass eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts ausgeschlossen ist. Der Reichskanzler beabsichtigt nicht, eine beratende Bewegung mitzumachen. Von den durch den Austritt der Sozialdemokraten frei gewordenen Ministerposten wird nur der Innenminister wieder ersetzt werden, und zwar durch einen Nichtparlamentarier. Der Reichstag soll zunächst nicht zusammentreten. Dr. Stresemann hofft, die Neuorganisation der Reichsregierung auch ohne die Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes auf dem Wege freier Vereinbarung erreichen zu können.

In der bayerischen Frage ist durch den „Vorwärts“ gestern eine Reihe sensationeller Meldungen verbreitet worden, die glücklicherweise von München wie von Berlin aus demontiert werden konnten. Die Regierung will mit allem Eifer für eine Verständigung mit Bayern sich einsetzen. Sie hat aus München die definitive Versicherung bekommen, dass die bayerischen offiziellen Stellen den Annahmen der bayerisch-thüringischen Grenzorganisationen an der bayerisch-thüringischen Grenze durchaus fernstehen. Die Kombination, die an einem Reich der bayerischen Gebiete von Preußen beim Reichskanzler in hiesigen Mäntelungen angeknüpft worden waren, sind also unrichtig. Von der Reichswehr sind die notwendigen Maßnahmen getroffen worden. Es sind Truppen an der thüringisch-bayerischen Grenze für alle Fälle bereitgestellt worden, so dass keine überraschenden Ereignisse zu befürchten sind. Im Falle Lössow wird die Reichsregierung allerdings keineswegs nachgeben. Vorbehalten nachdrücklich werden alle Gerüchte zurückgewiesen, als ob die Reichsregierung an eine Preisgabe des Rheinlandes oder an eine Förderung der autonomen Bestrebungen dort denke. Im übrigen glaubt man in den maßgebenden Kreisen, dass alle separatistischen Pläne scheitern dürften.

In Preußen hat sich die Lage nicht verändert. Alle Parteien der Großen Koalition in Preußen scheinen sich dazu durchzurufen, dass ein Ausgehen der Großen Koalition in Preußen nicht wünschenswert sei.

Eine Warnung an Ruhr.

GA. München, 4. Nov. (Eig. Dr. H. B.) Die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Bayerische Industriellenverband und andere Organisationen wenden sich in einer Entschließung gegen den Versuch des Generalstaatskommissars v. Rahr, durch Einführung der Festmark die Preise der Lebensnotwendigkeiten zu stabilisieren und warnen vor den Folgen, die die in marxistischer Dementie begangenen Maßnahmen haben können.

Eine vaterländische Feier in München.

GA. München, 4. Nov. (Eig. Dr. H. B.) Heute erfolgte vor dem Armee-Museum die feierliche Grundsteinlegung des Denkmals, das die Stadt München ihren im Weltkriege gefallenen 13 000 Söhnen widmet. Der Vorsitzende des Bayerischen Kriegervereins, General von Meurer, hielt die Gedächtnisrede. Die Feier, zu der die militärischen Spitzen, darunter General v. Lossow, der frühere Kronprinz Rupprecht, die Mitglieder des Hauses Wittelsbach, die Spitzen der Behörden und ein außerordentlich zahlreiches Publikum erschienen waren, verlief in ruhiger, würdiger Weise. Auffallend und für die Münchener Verhältnisse bezeichnend war es, dass unter den Organisationen, Vereinen usw. auch die Sturmtruppen der Kampfverbände in voller Uniform mit Stahlhelm vertreten waren und nach der Feier mit Musik durch den Stadtpark der inneren Stadt marschieren konnten. Bei der Abfahrt wurden dem Kronprinzen braufende Ovationen dargebracht, die sich auch noch vor seinem Palast fortsetzten, wo er auf dem Balkon erschien und der Menge dankte.

Neue Wirtschaftsmaßnahmen. Einschränkungen der Kartelle. — Neue Goldschahenweisungen. Zahlungen für November freigegeben.

Der „Reichsanzeiger“ enthält die Verordnung über die Änderung der Devisenangelegenheiten ferner die Verordnung über Ausfuhrbeschränkungen, die Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, die Verordnung über das Verbot der Kartellgerichte auf Grund der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, die Verordnung über die Ausfuhr der Zahlungen auf die Sachlieferungen, die Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 und eine Bekanntmachung, nach der die Verhältnisse der mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Ermäßigungsätze für den Steuerabzug vom Arbeitslohn für den 10. November einschließlich auf 20 000 festgesetzt wird.

Es ist ein bunter Strauß von Wirtschaftsmaßnahmen, die sich aus der Sachlage zwangsläufig ergeben. Auf der einen Seite reine Krisenmaßnahmen, wie die Ausfuhr der Zahlungen zur Durchführung der Sachlieferungen, auf der anderen Seite der Kampf gegen die Lernerung, wie er sich in der Verordnung gegen die Mißstände im Kartellwesen kundgibt. Weiter die Freigabe der Zahlungen mit Devisen im Inland und die Ausgabe von Goldschahenweisungen, um den Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln zu bekämpfen. Man muß die Wirkung dieser in überstürzter Eile zusammengestellten Verordnungen abwarten.

Freigabe der Zahlungen in Devisen bis 30. November.

WTB Berlin, 2. Nov. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß eine Sondernummer des Reichsgesetzesblattes eine Reihe Änderungen der Devisenangelegenheiten folgenden Inhalts bringt:

1. Die Einheitskursverordnung wird auf den Handel mit wertbeständigen Anleihen des Deutschen Reiches (Goldanleihe) ausgedehnt. In der Verordnung ist bestimmt, daß Goldanleihe bei Warenlieferung nur zum amtlichen Kurse angenommen und hingegeben werden darf. Bei Preissteigerung in Goldmarkt können auch Annahme und Eingabe in Kennziffer erfolgen.
2. In Folge der Bestrebungen, unwirtschaftliche Ausgaben und Vermitteln zu beseitigen, wird eine Reihe von Wertbeständigen aufgehoben. Wenn das Finanzamt den Export ausländischer Zahlungsmittel genehmigt hat, und auch bei allen kleinen Erträgen fällt die Werbung an den Kommissar für Devisenregulierung fort. Entsprechend wird die wöchentliche Meldung der Devisenbanken beschränkt. Firmen, die regelmäßig Devisen erwerben und abgeben, brauchen kein besonderes Devisenbuch mehr zu führen.
3. Ausfällt die wöchentliche Meldung fort. Es genügt, daß die Buchführung ordnungsmäßig ist und Abschriften dem Kommissar für Devisenregulierung auf Anforderung jederzeit erstellt werden können. Bis zum 30. November ist ferner die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr zugelassen. Verboten bleibt, solche Zahlung zu fördern oder solche Zahlungsmittel zur Beschaffung der Waren zu erwerben. Endlich ist das Verbot der Preisgestaltung in Goldmarkt auch für den Einzelhandel beseitigt. An der Verpflichtung für alle Wirtschaftskreise aber die Papiermark nach wie vor in Zahlung zu nehmen, ändern diese Erleichterungen nichts. Die Reichsregierung wird die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln durchsetzen.
3. Unter Ausübung der geltenden Bestimmungen über Ausfuhrbeschränkungen werden neue Bestimmungen bekannt gemacht. In Zukunft müssen innerhalb von drei Monaten, bei Überseegeheimnissen innerhalb von sechs Monaten abgeliefert werden, soweit nicht der Reichswirtschaftsminister Ausnahmen zuläßt. In den Durchführungsbestimmungen ist eine Reihe Ausnahmefälle bereits allgemein geregelt und Bestimmungen über die den Ausfuhrbeschränkungen mitzugebende Erklärung getroffen.

Mit der Verordnung über die Zahlung mit Devisen im Warenverkehr zieht die Regierung die Konsequenzen aus der Sachlage. Denn bei dem Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln drohten Störungen im Warenverkehr. Die Verordnung ist bis zum 30. November befristet, ob man aber darüber hinaus noch die Möglichkeit haben wird, den alten Aufwand wiederherzustellen, bleibt allerdings abzuwarten. Andererseits wird es davon abhängen, wie groß der Devisenbesitz in breiten Kreisen ist, wenn man von der Maßnahme eine Befriedigung der Störungen im Warenverkehr erhofft. Man darf zwar erwarten, daß in ausländischen Zahlungsmitteln nicht übermäßig und die Verpflichtung zur Annahme von Papiermark wird erneut ausgedrückt. Wer fürchtet aber dafür, daß diese Sicherheiten genügen, um jedenfalls eine Verwertung der Warenabgabe zu verhindern.

Es ist ferner nicht von der Hand zu weisen, daß ein Widerbruch darin besteht, daß man die Zahlung in Devisen freiläßt und andererseits den Warenverkehr für Devisen aufrecht erhält. Eine solche Aufrechterhaltung bedarf für den, der Devisen in Zahlung abgibt, eine Abgabe unter Preis, und das wird nur dann ge-

schieden, wenn die Not dazu zwingt. Man hat ja wohl auch mit der Verordnung die Absicht, die Devisen aus ihren Verstecken herauszuholen und in den Verkehr zu bringen. Es ist kaum anzunehmen, daß dies bei Beibehaltung des Zwangskurses gelingt.

Neue Goldschahenweisungen.

300 Millionen Goldmark Spr. Schahenweisungen als Notgeldunterlage.
Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln ist außerordentlich schnell gewachsen. Andererseits habe die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld auf Schwierigkeiten, weil der Betrag der Goldanleihe als Unterlage für wertbeständiges Notgeld auf 500 Millionen Goldmark beschränkt worden ist und nicht erhöht werden darf.

Um diesem Bedarf entgegenzukommen, hat sich das Reichsfinanzministerium entschlossen, 3 Prozentige, im Jahre 1932 fällige Goldschahenweisungen bis zu einem Betrage von 300 Millionen Goldmark auszugeben. Diese mit Zinskupon ausgestatteten Schahenweisungen werden nicht in kleinen Stücken geschaffen — der niedrigste Betrag wird 25 Mark gleich 105 Goldmark sein. Sie sind nicht dazu bestimmt, als Zahlungsmittel verwendet zu werden. Sie dienen von Mitte der nächsten Woche ab zum jeweiligen Kurs für Auszahlung von Reichsmark an den Reichsbankstellen zum Zwecke der Bezahlung von Reichsmark durch die zur Ausgabe von Reichsmark ermächtigten Stellen erworben werden. Bis zur Fertigstellung der Stücke dient die von der Reichsbank erteilte Quittung als Unterlage.

Mit Rücksicht auf die Erleichterung der Devisenangelegenheiten muß der Devisenverkehr auf den Reichsbanken in Zukunft lauten: Dieser Reichsbank ist beabsichtigt nach Ausgabe der Bestimmungen der Reichsregierung. Ferner muß sich nach dem Reichsbank erweisen, daß der Inhaber den Schein innerhalb eines Monats nach seinem Kauf nach Wahl des Ausstellers je nach der Art der Devisen gegen die hinterlegten wertbeständigen Anleihen des Deutschen Reiches bzw. gegen Goldschahenweisungen des Reiches oder gegen einen dem Kurs der hinterlegten Wertpapiere am Tage der Zahlung entsprechenden Barbetrag einlösen kann.

Goldanleihe und Zwischenscheine.

Die Reichsbank hat in den letzten Tagen aus dem neuen wertbeständigen Gold, Goldanleihe und Zwischenscheine, größte Mengen in den Verkehr gegeben. Wegen ihrer Annahme und Ausgabe hat der preussische Finanzminister, wie der Amtliche preussische Pressedienst mitteilt, folgendes bestimmt:

Die staatlichen Kassen haben die Goldanleihe über 1, 2 und 5 Dollar und die Zwischenscheine und endgültigen Scheine über 1/2, 1/4 und 1/10 Dollar an Zahlungs Statt anzunehmen und auf Verlangen nach dem Ertrasse des Kassenschatzes unter Berücksichtigung der Geschäftslage und der jeweils vorhandenen Papiermarkzahlungsmittel in Papiermark umzu-tauschen, und zwar zu dem vom Reichsminister der Finanzen festgestellten Umrechnungssatz. Bis auf weiteres gilt als Umrechnungssatz 1:1 mit dem Reichsmark, wobei der Anteil der Zwischenscheine bei Annahme zu vervielfältigen ist, der alten Telegraphenmark und Postagenturen täglich mitgeteilte und durch Auszahlung öffentlich bekanntgegebene Umrechnungssatz für Goldmark.

Der Finanzminister gibt weiter folgende Anweisung: Voraussetzungen werden (son in nächster Zeit kleine Zahlungsmitteln die dem Staat geschuldeten Beträge (z. B. gestundete Zollausgaben, Steuern, Gebühren usw.) in Goldmark mitgeteilt werden. Die Schuldner sind aber berechtigt, in Papiermark zu zahlen. Solange Goldanleihebesitz noch nicht in genügender Zahl in Verkehr sind, wird es dem Schuldner nicht immer möglich sein, in Goldmark zu zahlen. Daher haben die Staatssassen die geschuldeten Beträge in Papiermark anzunehmen, wobei die Goldmark nach dem am Zahlung geltenden amtlichen Umrechnungssatz in Papiermark umzurechnen ist.

Ein Kartellgericht.

Berlin, 5. Nov. Im „Reichsanzeiger“ gelangte am Samstag eine Verordnung zur Veröffentlichung, die gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen gerichtet ist. Diese Verordnung bildet ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die die Reichsregierung auf Grund des Ermäßigungs-gesetzes zum Zwecke der Produktionsregulierung und zur Befreiung der Wirtschaft von unproduktiven Hemmnissen getroffen hat. Wie durch die Aufhebung wichtiger Teile der Demobilisierungsverordnungen die Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt wiederhergestellt worden ist, so sollen durch die vorliegende Verordnung ungesunde Hemmnisse des freien Wettbewerbs beseitigt werden.

Die Erzeugungs- und Preispolitik der Kartelle und Konventionen ist seit vielen Monaten Gegenstand heftiger Angriffe aus den Kreisen der Verbraucher wie auch eines Teiles der Produzenten. Die Reichsregierung hat es als ihre Aufgabe angesehen, die erhobenen Klagen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und ihre Maßnahmen unter Berücksichtigung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte ausschließlich nach objektiven Maßstäben zu treffen. Es ist unbestreitbar, daß unter der Wirkung der Selbstverwertung und der durch sie hervorgerufenen Produktions- und Absatzverhältnisse

sch bei den Organisationen der Produzenten wie nach schwerere Mißstände entwickelt haben. Bei freistehender Ausfuhr, die die wirtschaftliche Konjunktur sein dem Sommer des Jahres erfaßbar hat und durch welche der Preis einzelner deutscher Produkte über den Weltmarktpreis hinaus getrieben worden ist, besteht ein allgemeines Interesse daran, durch Wiederherstellung von willkürlicher Marktfreiheit eine künstliche Einschränkung der Ausfuhr abzuheben.

mäßige Mißtoßschläge und Beeinträchtigungen, die durch die tatsächlichen Produktionskosten nicht begründet sind, nachdrücklich zu bekämpfen und die Kräfte der Produktion und des Handels wieder zu dem vielfach verlorengegangenen Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gemeinwohl zurückzuführen. Die Reichsregierung glaubt aber, zur Erreichung dieses von ihr eingeschlagenen angestrebten Zieles nicht den Weg der völligen Zerstörung der Kontrolle beschreiten zu dürfen, wie es von manchen Seiten gefordert wird. In diesen radikalen Fällen dürfte die vollständige wirtschaftlich bedeutsame Funktion verfallen, worauf es an, zu welcher verantwortungsbewußte Erzeugerorganisationen gerade in der augenblicklichen Wirtschaftskrise werden erscheinen. Wenn durch

die vorliegende Verordnung, die Konditionen abgeben, die dort soll, um die schädlichen Auswirkungen des Kartellwesens mit aller Schärfe zu bekämpfen, so will sie andererseits diese Organisationen durch ihre Einigung dazu befähigen, der Anbahnung einer lautenen Geschäftsbearbeitung, der Verbreitung rationaler Produktionsmethoden und einer Verknüpfung der Preisbildung zu dienen. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß eine vollständige Fortummernung der Kartellwirtschaft auf die Dauer die Marktfreiheit keineswegs begünstigen, sondern gerade in dem kommenden Umbildungsprozeß nur eine große Zahl gesunder mittlerer und kleinerer Betriebe der finanziellen Übermacht großer Konzerne ausliefern würde.

Die Durchführung der staatlichen Kartellpolitik ist durch die vorliegende Verordnung dem Reichswirtschaftsminister und einem neu zu schaffenden Kartellgericht übertragen. Wenn ein Kartellvertrag die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährdet, so kann der Reichswirtschaftsminister beim Kartellgericht die Nichtigkeitserklärung des Vertrages beantragen oder den Beteiligten das Recht der zivilrechtlichen Kündigung gewähren. Auch kann die Rechtsaufsicht über sämtliche Maßnahmen eines solchen Kartells von einer vorher zu erhaltenden Meldung an den Reichswirtschaftsminister abhängig gemacht werden. Von diesem oberrichtlichen Eingriff können, kann jedes Kartellmitglied seinen Vertrag aus wichtigem Grunde vollständig kündigen; ein solcher gilt als die unbillige Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit. Um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, wird künftig für alle Kartellverträge schriftliche Form verlangt. Den Unternehmen, die zu unbilligen Gesamtergebnissen zu Abhängigkeiten führen, kann das Kartellgericht ein Abkürzungsverbot von ihren Verträgen gewähren. Dieses Recht ist ihnen aus Einzelunternehmungen gegenüber gegeben, wenn eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohls unter Aus-

Das Kartellgericht wird dem Reichswirtschaftsgericht gebildet. Es entscheidet in der Beratung mit einem rechtlichen Vorsitzenden und 4 Beisitzern, die, um eine strenge Objektivität zu wahren, von den Beisitzern des Reichswirtschaftsgerichts bestimmt werden. Der Vorsitz ist ein Reichswirtschaftsgerichtsrat, von Beisitzern werden aus den Wirtschaftsgruppen der kriegsbedingten Parteien entnommen. Der vierte Beisitzer ist eine sachkundige Persönlichkeit, von der die Mitglieder der Beratung des Gemeindefiskus bestimmt werden. Für die nachträglichen Beschwerden stellt der Reichswirtschaftsminister einen von Beisitzern auf, die die notwendigen Erfahrungen für dieses schwierige Wirtschaftsamt mitbringen und in ihrer Auswahl die Gewähr für eine gerechte Würdigung der Gemeindefiskalinteressen bieten. Die zur Zeit bestehenden freien Schlichterstellen Kartellangelegenheiten sollen künftighin ausgefüllt werden. Der Reichswirtschaftsminister kann vielmehr geeigneten Fällen das Verfahren zunächst vor diesen Stellen einleiten.

Die Angriffe gegen die Verhältnisse in der Kartellierung, denen auch der Reichstanzler feierlich seine eigenen Ausführungen über Freispollitz und Kartellwesen im Reichstag Ausdruck verlieh, haben der jetzt vorliegenden Verordnung Anlaß gegeben. Sie richtet sich nicht gegen das Kartellwesen überhaupt, sondern nur gegen die übertriebene Freispollitz gewisser Konventionen und Kartelle, die in vielen Fällen über die dem Kriege üblichen Normen hinausging und die schließlich die Wurzel alles Uebelß darstellt, das dem Strom der umlaufenden Zahlungsmittel hinderniß verleiht und die Kaufkraft vieler Kreise der Gebührensüchtige. Man will also der Ueberwundung des Kartellbegriffs, die namentlich in großen Zahlungen und Lieferungsbedingen zum Ausdruck kam, begegnen, und damit ein Gleichgewicht zwischen Kaufkraft und Preisstabilisation herstellen, indem man durch Zulassung von freistellen Kündigung aus „gerichteten“

helfen, „jede unzulässige Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit“ bekämpfen will. Welche Wirkung die Maßnahme auf das Kartellverbot ausüben wird, bleibt abzuwarten. An sich ist es geeignet, den Kartellierungsgeboten zu befehligen, denn ohne straffe Organisation und unbedingte Vertragstreue läßt er sich nicht aufrechterhalten. Manches unserer Kartelle ist abbaubedingungsbedürftig, weil es sich einerseits den veränderten Verhältnissen organisatorisch nicht anpassen vermochte, und weil umgekehrt unser Wirtschaftsstatus sich in mancher Beziehung gewandelt hat, doch für die Kartellgebarung der marginalen beobachteten Form kein Raum mehr ist. Man soll jedoch den Bogen nicht überbücken. Ungeheuerliche Profittäter läßt sich nicht abschaffen, sondern belohnen.

Die neue Grundsteuer.
Ueber die Berechnung der neuen preussischen Grundsteuer bringt der Antifache preussische Vreschieden! Einzelheiten, die für den städtischen und landwirthschaftlichen Grundbesitz wichtig sind. Die neue Verordnung des preussischen Staatsministers vom 22. October d. J. stellt die Steuer auf Goldmark 25 ist eine eigentliche Veranlagung nicht sehr erheblich; vielmehr nur eine Berechnung der Steuer unter Zugrundelegung des bereits rechtsgültig stehenden Grundkasswerthes. Die Steuer soll bei den städtischen Grundstücken, insbesondere bei den 1000 Mark übersteigend monatlich 20 Goldmark von je 1000 Mark bei der letzten Veranlagung der früheren preussischen Veranlagungssteuer festgesetzten Grundkasswerthes, bei den übrigen Grundstücken, insbesondere bei den landwirthschaftlichen Grundstücken, monatlich 25 Goldmark von je 1000 Mark des Grundkasswerthes betragen. Die monatlichen Steuerbeträge sind bei denjenigen die zu Goldmark für ein Grundstück auf diese Steuer, bis 100 Goldmark auf diese Steuer und jeden abgerunden.

Die Steuer wird von dem Zolltarifamt berechnet und in der Staatskassiererei nachgezogen.

Steuern und Geldentwertung.

Das preussische Staatsministerium hat, wie der Amtliche preussische Pressebericht mitteilt, die Verordnungen vom 1. April 1923 für die Anpassung der Staats- und Gemeinde Steuern an die Geldentwertung seit dem 1. April 1923 für das Sterblichkeitsalter des Dezember und für den Monat November 1923 gleichmäßig auf 2.700.000 festgesetzt.

Gegen schamlosen Bucher.
WTE Berlin, 4. Nov. (Drathb.) Der Präsident des Landespolizeiamtes, Gräffhagen, teilt mit: Gewisse Kreise des Handels nahmen den niedrigeren Marktpreis an der vorgelagerten Newyorker Börse, der am Samstag früh in Berlin bekannt wurde, zum Anlaß ihre Preise entsprechend herabzusetzen. Ein solcher Treiben ist nichts anderes als schamloser Bucher. Als die gültige Weisung für die Selbstentwertung kommt nur der amtliche Dollarkurs vom Tage vorher in Frage. Die Polizeibehörde sieht angeordnet worden, mit allen Mitteln gegen diesen Bucher einzuschreiten. Ferner macht der Präsident darauf aufmerksam, daß die Zurückweisung der Papiermark als Zahlungsmittel seitens einzelner Händler ungesetzlich ist. Wenn der Verkäufer Papiermark nicht nimmt, so ist er in Bezug. Der Präsident ersucht die Bevölkerung, solche Händler unmissichtlich bei der Polizei anzuzeigen.

Der Goldhaushalt bei der Eisenbahn.
Einem Vertreter des WTB gegenüber wies der Reichsverkehrsminister auf die Bedeu-

Die Reparationsfrage
Der englische und der amerikanische Vermittlungsversuch. — New

GA. London, 5. Nov. (Eig. Draht.) Wie der „Daily Telegraph“ meldet, wird die Reichskonferenz und das englische Kabinett Anfang dieser Woche die französischen Noten besprechen, in denen Reichsminister

nen politische auf einer Wandlung des Zuges des Einladungszeichens an Washington beruht. Das offiziöse Blatt stellt fest, daß die Bemühungen der englischen und der belgischen Regierung, Frankreich zur Annahme einer Kompromißform zu bewegen, die dem Souveränitätsanspruch den notwendigen Spielraum geben würde, gescheitert seien, so daß anheymals abermals ein englischer Versuch, die Reparationsfrage zu lösen, auf einem toten Punkt angelangt ist. Man wisse, daß Staatssekretär Hughes am Freitag sehr deutlich mit dem französischen Geschäftsträger in Washington gesprochen habe. Der amerikanische Botschafter in Paris habe ebenfalls am Samstagabend in einer Unterredung mit Boncompagni zweifellos über den amerikanischen Standpunkt gesprochen. Alles hängt jetzt davon ab, was die für heute angekündigte Unterredung zwischen dem Staatssekretär Hughes und dem gestern aus Frankreich nach Washington zurückgekehrten französischen Botschafter Jusserand für Ergebnisse habe.

Nachdem die englischen Blätter melden übereinstimmend, daß in Brüssel eine fieberhafte diplomatische Arbeit herrsche, da die belgische Regierung in Besprechungen mit den Vorkämpfern Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten nichts unberücksichtigt lassen will, um das Zustandekommen des Separatfriedens auszusprechen unter Beibehaltung, die eine erfolgreiche Tätigkeit versprechen, ist es für die belgische Regierung, die die antiranzösische Stimmung in der belgischen öffentlichen Meinung beständig befähigt und umgibt, um so mehr, und das man die unabhängige politische Haltung der englischen Regierung und das Auftreten gegenüber den Separatisten selbst begrüßt. Belgien's Vorhaben gegenüber den Separatisten in London sei nicht ohne durch einen äußeren Druck entstanden, sondern habe von einer sehr nüchternen, politischen

den und inneren belgischen Bewegung aus, wonach Belgien zweifellos damit einberufen wäre, wenn das Aelternthum sich innerhalb des Reiches von Preußen löste, daß es aber unter seinen Umständen wünschbar würde, daß der neue Staat ausschließlich ein Produkt der französischen Willkür sei und insofern auch vollständig unter der Militärherrschaft Frankreichs stehen würde.

„Daily Chronicle“ faßt die Schlussfolgerung, die man aus der gestrigen Rede Bonaparte's (Vergl. diese) ziehen könne, folgendermaßen zusammen: Bonaparte habe der Welt seine unentwegte Entschlossenheit bekundet, es Deutschland unmöglich zu machen, Zahlungen zu leisten, und die deutsche Reichsgewalt zu zerschellen, um Frankreich dieselbe Herrschaft über das Rheinland-Raumgebiet zu verschaffen, die Napoleon seiner Schlacht von Jena eingeführt habe. Es sei überdies, wenn Bonaparte behauptet, daß man den Frieden herbeiführen nicht kann, besser, diesen zu

GA. Paris, 3. Nov. (Eig. Drahtb.) Der englische Botschafter hat heute vormittag bei Poincaré den von London aus angekündigten Schritt unternommen. Nach den Pariser Abendblättern hätte der Botschafter eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten, die sich um den Text der gemeinsamen zu machenden Erklärung drehte.

Belgische Vermittlung.
Eine neue Note Poincaré's.

GA London, 4. Nov. (Eig. Drahtb.) Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard“ schreibt, daß die englische Regierung der französischen Regierung nochmals vorschläge, die neuerdings geforderten Vorbehalte einer Erwägung zu unterziehen, da die Vereinigten Staaten nicht in der Zone sein würden, ihren ihre Zustimmung zu geben. Poincaré habe seinerseits einen, bereits von England angenommenen Vermittlungsvorschlag gemacht, der wahrscheinlich auch von Amerika und Italien angenommen worden dürfte. Nach ihm soll in dem Einladungsschreiben an die Vereinigten Staaten ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Aufgabe des Sachverständigen-Ausschusses ausschließlich darin

führung der Einführung der Goldbrechung bei d.
Reichsbaum hin, wodurch oft wieder eine zu-
sätzliche Veranschönerung der Einnahmen und Aus-
gaben möglich werde. Der Minister erklärte we-
iter u. a.: Auch für den Rest des laufenden Hau-
haltsjahres wird ein Goldhaushalt au-
gestellt werden. Allernächst ist aber heissen-
de Ausgaben ohne Deckung. Trotz der absoluten
Höhe der Einnahmen können wir bei dem erheblichen
Wachstum des Verzehrs bis auf weiteres kaum m.

bedrückenden Einnahmen rechnen. Ausgaben, die sich wirtschaftlich als Abschreibung darstellen, müssen hinter den Ausgaben zurücktreten, die zur Deckung des für den Betrieb notwendigen Bedarfs erforderlich sind. Der Weinster wies sodann erneut auf die bevorstehenden Einschränkungen und Vereinfachungen im Gabelplan für den Personen- und für den Motorverkehr hin und erklärte, die Ausgaben für Unterhaltung und Ergänzung der baulichen Anlagen würden auf die Erhaltung eines betriebssicheren Zustandes beschränkt. Neue Bauteile würden bis auf weiteres nicht mehr angefangen werden, und bei den angenehmen liegenden Einschränkungen nicht umgehen. Zum Schluss sprach der Weinster die Hoffnung aus, daß es in absehbarer Zeit gelingen werde, wieder das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben

verzustellen, das die Reichsbahn bereits 1922 erreicht hätte, bevor es durch den Aufbruch zerstört wurde.

auf dem toten Punkt

oschaffter bei Poincaré. — Belgische
erung der belgischen Politik?

heische, eine deutsche Leistungs
fähigkeit festzustellen.

Die „Evening News“ melden aus Paris, das
Poincaré heute früh dem anatolischen Pa-

Wapler erklärt habe, er habe die Absicht, den belgischen Regierung eine neue Note zu senden, in der er nochmals seinen Standpunkt über die Aufgabe des Ausschusses auszuandern lassen werde. Das Man glaubt zu wissen, daß die Note ein gewisses Entgegenkommen Frankreichs gegenüber den englisch-amerikanischen Wünschen enthalte.

GA Paris, 5. Nov. (Eig. Drahtber.) Die belgische Regierung handelt offenbar unter dem Eindruck, daß unter allen Umständen verhindert werden müsse, daß die geplante Konferenz an den von Voinard gemachten Ausstellungen scheiterte. Sie ist der Auffassung, daß die Gelegenheit, Amerika für die europäischen Probleme zu interessieren, unter seinen Umständen bereitet werden dürfe, und daß die Teilnahme Washingtons an einer Reparationskonferenz mit einer Willkürung der von Voinard geforderten Bedingungen nicht zu teuer sei.

ausgefallen sei. Augenscheinlich scheint Brüssel zu ver-
suchen, den Boden für ein Kompromiß zwischen
Paris einerseits und London und Washington
andererseits ausfindig zu machen.

**Frankzösische Besorgnis
über Belgiens Haltung**

WTB London, 4. Nov. (Drahtb.) Neuter be-
richtet aus Paris: Eine neue Welle erheime an
französischen Horizont, die weitreichende Folgen
haben könnte. Es befänden Anzeichen einer we-
chselnden Tendenz auf Seiten der belgischen
Regierung, in zahlreichen Punkten des deutschen Pro-
gramms Frankreich weniger und Großbritannien
mehr zu unterstützen. Belgien
sehe, wie bekannt ist, der Frage des Bismarck-
schen Sammentändignisausbaus Großbritanniens
gegenüber. Die belgische Aktion in London, wo die
Frage der Bismarck-Hilfe auf dem Tages-
ordnungsstande ist, wird als ein Zeichen

Nach einer Landmessung aus Brüssel haben belgischen Blättern zufolge Raspar und Theunis im Laufe der letzten 24 Stunden eine Reihe von Unterredungen gehabt und den belgischen, englischen und amerikanischen Botschafter empfangen. Ein etwaiger Festschluß der Sachverständigenkonferenz würde in Belgien eine große Enttäuschung betreffen. Die Brüsseler Regierung dürfte es für äußerst bedauerlich halten, wenn der rasche

stliche Vorklage scheitern würde. Sie sei mit
schränktlich der Auffassung, daß jede Herabsetzung
der deutschen Schulden eine den Verhältnissen ent-
sprechende Herabsetzung der alliierten Schulden bei
den Vereinigten Staaten nach sich ziehen müsse.

*

Lloyd George beschwört Amerika.

WTB London, 4 Nov. (Taht.) Einer Neuter-
meldung aus Newbury zufolge hielt Lloyd George seine
Wiedersetz der von einer riesigen Volksmenge.
Zehntausende waren nicht in der Lage, Zutritt zur Wei-
tstellung-Opera zu erhalten. Millionen von Menschen
hörten der Rede, die durch drahtlose Telegraphie ver-
teilt wurde, in ihren Häusern zu. Lloyd George er-
klärte, er sei noch Amerika als privater Bürger gezo-

Während des Krieges sei er für rücksichtslose Durchführung des Krieges eingetreten. Nachdem der Krieg jetzt beendet sei, sei er für die rücksichtslose Durchführung des Friedens. Der Vertrag über den Vertrag sei nicht verantwortlich für die gegenwärtigen Gefahren Europas. Jeder Vertrag hänge von der Art seiner Anwendung ab. Lloyd George erklärte sich bereit, das die Festlegung der deutschen Kriegsschuld für die Befriedung der deutschen Kriegsschuld erinnere, und betonte, die Welt würde in einer besseren Lage sein, wenn sie wüsste, dass das Interesse Amerikas an den menschlichen Werten nicht geschwächt ist. Amerika habe im Jahre 1917 auf den Aus Europa gesteuert. Aber das Wort sei nur halb beendet. Wenn es nicht beendet werde, so sei die Stabilisation „innerhalb dieser Generation“ zu einer Katastrophe verurteilt, wie sie die Welt nie gesehen habe.

Sord überhoben abberufen.
BB. Berlin 4. Nov. Amstich wird angekündigt, dass der englische Botschafter in Berlin, Lord Bherman, abberufen werden will.

Keine Zahlungen mehr für Sachlieferungen.

WTB. Berlin, 3. Nov. In Ergänzung der Ensparrismaßnahmen, zu denen sich die Reichsregierung infolge der katastrophalen Lage der deutschen Finanzen genötigt gesehen hat, ist eine weitere Verordnung über die Aussetzung der Zahlungen zur Durchführung von Sachlieferungen erlassen worden.

Stellungen ergab. Dadurch werden die Bestimmungen auf Grund der im freien Verkehr (Einkaufs- und Verkaufs-) Abkommen, Kuppel-Güter-Verträge über Sachlieferungen mit der Wirkung ausgesetzt, daß vom 3. November 1923 an die Reichsregierung aus diesen Verträgen keine Zahlungen mehr leistet. Um den alliierten Bevollmächtigten aber die Möglichkeit zu lassen, die bestellten Waren trotzdem zu beziehen, ist vorgesehen, daß sie die geschlossenen Verträge direkt mit den Lieferanten firmen auf eigene Rechnung abwickeln können. Sie brauchen daher in bestimmten Fällen, in denen das Reich bereits Anzahlungen gemacht hat, nur noch den Rest des vereinbarten Preises zu bezahlen.

Der Reichsregierung steht das Recht zu, diese

im Wochen, vom Tage der Verfündung der Ver-
ordnung an gerechnet, die Erfüllung der Liefe-
rungsverträge im freien Sachlieferungsverkehr
das Reich zu verlangen; in solchen Fällen won-
nen das Reich, unter Ausnutzung der bisher gültigen
Zahlungsweise, unmittelbar Zahlung an
an den Lieferanten leisten. Das Reich
wird den vorstehenden Rechte angesichts der An-
sprüche des Reiches nur in beschränktem Um-
fange, im übrigen dann keinem Gebrauch machen,
wenn der Nachweis vorliegt, daß der allmäh-
liche Besteller sich mit der deutschen Lieferfirma über
die Durchführung der Lieferung gegen Vor-
zahlung des noch ausstehenden Teiles des Ver-
tragspreises geeinigt hat.

rege sich, daß das Recht von diesen Verträgen zurücktritt, sofern nicht im einzelnen Falle die Lieferungsverpflichteten binnen fünf Wochen von Tage der Verbinthung der Bestellung an gehei- net, erklärt wird, daß der Vertrag aufrechterhalten wird. Dem Lieferungsverpflichtigen steht da- gegen kein Rücktrittsrecht auf Grund der Bestel- lung zu. Die entsprechende Regelung gilt auch für Anforderungen des Reichskommissars für Be- derberstellungslieferungen im sogenannten An- derungsverfahren.

Die Reichsregierung ist bereit, sowohl in den- jenigen Fällen, wo altierte Besteller die Zus- führung von Verträgen im freien Sachleistungs- verkehr gegen Barzahlung wünschen, zwischen da- Vertragsparteien in dieser Richtung zu vermitteln, als auch entgegen den Wünschen der altierten Bes- teller auf Erfüllung der noch nicht erfüllten Bestel- lungen im freien wie im gebundenen Verkehr die Mög- lichkeit entgegenzunehmen, wenn sie binnen drei Wochen eine Mitteilung an die- sen altierten Besteller, hierüber auch und

Rechtsprechung in der gegebenen wird.
Die Reichsregierung ist sich der schweren Folgen, welche die Einstellung dieser Zahlungen für die deutsche Wirtschaft haben wird, wohl bewusst. Die finanzielle Lage zwingt uns zu durchgreifenden Maßnahmen, um Staatshaushalt und Währung zu sanieren und die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes zu erhalten. Diese Maßnahmen setzen voraus, daß das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben des Reiches in nächst in Gleichgewicht gebracht wird, daß der einschneidende Schritt dieser vorläufigen Zahlungseinstellung sich nicht vermeiden ließ.

Poincaré's Sonntagsreden.
GA Paris 4. Von (Eig. Dr. H. H.) In Dr.

hielt Poincaré heute mittag eine Rede, in der er sich, wie angekündigt, mit der inneren Politik in der Hauptstadt beschäftigte. Er werde, so führte der Ministerpräsident aus, nichts von dem zurücknehmen, was er bei früheren Gelegenheiten über die innere Politik Frankreichs gesagt habe. Sie haben, so sagte der Ministerpräsident, immer unsere gemeinsame oder persönliche Meinung über die dringenden Fragen der Stellung Frankreichs zu anderen Ländern untergeordnet. Diese Unterordnung sei ebenso heute nötig wie gestern. Frankreich habe eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: sich so freundschaftlich wie möglich mit seinen Verbündeten zu verständigen und seine ehemaligen Feinde zur Kapitulation zu zwingen.

In einer zweiten Rede, die er in Brive hielt, sprach Poincaré u. a. über die deutschen Forderungen, deren von deutscher Seite angegeben Höhe er bestritt. Darum widersezt sich Poincaré denn so kräftigst einer unparteiischen Untersuchung.

lung, auf die sogar seine beiden hervorragenden ehemaligen Verbündeten, England und Amerika, drängen? „Eigentümlicherweise“, so sagt Poincaré in Briebe, habe man gleichzeitig von mehreren Seiten zu einer Revision der deutschen Schuldenfrage eingeladen. Es liege auf der Hand, daß Deutschland, bevor es ordnungsmäßige Zahlungen leisten kann, seine Finanzen erst reorganisieren, eine gesunde Währung wiederherstellen und sich in den Stand versetzen müsse, Anleihen im Auslande aufzunehmen zu können. Umgekehrt ist die Sache richtig. Das Ausland hat oft genug kassiert, das es Anleihen nur geben kann, wenn die Reparationssumme herabgesetzt wird. Zum Schluß bekräftigt Poincaré wieder, daß er deutsches Wohlwollen wolle, und sagte weiter: „Wer weiß

in einigen befreundeten Ländern (Japan) hören, daß, wenn diese oder jene Gruppe der Bevölkerung ihre Freiheit anrufen sollte, dadurch der freierliche Vertrag gefährdet werden würde, so kann man Überlegungen nicht folgen. Das scheint uns doch den Prinzipien des Völkerechts zu widersprechen. Wir haben niemals versprochen, die betreffende Verfassung gegen Deutsche zu schützen, ebensowenig die Integrität des Reiches.“ Das wird auch nicht verlangt. England behauptet aber, Frankreich habe sich in der separatistischen Bewegung nicht neutral.

Amerikas Eingreifen.

Am selben Tage, wo Voicarcé die oben mitgeteilten Worte sprach, hat er auch schon auf französischem Boden eine Antwort von Amerika bekommen, über die er wohl nicht erfreut sein wird. Paris, 4. Nov. (Paris, der eca.) Der amerikanische Botschafter Herold hat heute bei Gelegenheit der Einmischung eines Kriegesbundes, das auch amerikanischen Truppen einbezieht

in Kovariz in
den, in der er
Die Augenblick
ebenig auf, wo
europäischen
nungen. Die wi
fals hängt von
ischen Angel
r und von d
ffen fernha
flar ist, daß d
wiedererfreit
r dann 1917
gegründet?
ist unrecht, wenn
in erschlossen
ische Volk wird
dieser Frage a
nde an den
llen vor die
n. Wenn wir
schme nicht mi
ft werden, dann
s gelangt

**Schlag auf
Militär**

schwore Züßla
schief ist an. —
GA. Agram, 4.
publikanische
nagur Kritik
Anfang des
Männer in de
gen nach diese
in Attacke las
oben. Von dem
Oberleutnant
die Nacht erg
Geist ist
im Revolver
woran er eben
die Nachricht
herodentisch
Barth des A
Reichs in
den hat. Die
se unerschütter
Zür, eine En
a und alle son
international
GA. Belgrad, 4.
Vgrader Ge
rente haben
umwechsel mit
pischen Regieru
ihre Regierung
ritte an sich
e Schlüsselsträ
rit angeschlosse

Das Bed

GA Belgrad, 4.
lgarische W
w beichte ge
sanden in
nordischen Regie
Aktion auf de
Ministerpräsi
stellos auf Ein
n gelangen sei
zwischen Züßla

Andj

WTB Amsfeld, 3.
bänder haben
minung und
stritten Son
orten Hamb
ren rechtsrhein
obdem die L
geordnet ha
bänder verhält
aber gegen die

Zur Sa

WTB Brüssel, 3.
verloren in
einer Unterre
nen Vertreter
und der ihm do
Neutralität geg
e erteilten Wei
Nachen einstre
neinsprechen ha
die U n r
eifen, oder h
weil, daß sie v
habe er ver
Stadt zu ver
GA Köln, 3. K
erklärter der
A, daß der Be
nen in gam
dier durch

England

GA London, 5.
Berichterstat
Matthes eine
Belager in A
treter in
n, Lord P
dieser diese
de mit dem
r rheinisch
ant. Matthes
Namen der r
art, er wüns
habe bereit
schalters in
en, die hier
allischen P
gland unterstüt
gland hab
ent.

WTB Paris, 4.
bezeichnung
ische Regie
verloren in
Gen prot

WTB Kaiser
kam eine g
auswärt
Reichs

Verkehr

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

In Rom ist in der Champagne eine Rede gehalten, in der er unter anderem ausführt: Die augenblickliche Lage in Europa bedarf einer europäischen Einigung. Die wirtschaftliche Lage Amerikas hängt von der Regelung der europäischen Angelegenheiten ab. Wenn wir uns von den europäischen Wirtschaften fernhalten würden, während es klar ist, daß das Gleichgewicht ohne uns heute nicht wiederhergestellt werden kann, warum sind wir dann 1917 eingetreten? Haben wir uns getäuscht? Haben die Regierungen und das Volk nicht gesehen, daß die amerikanische Wirtschaft sich nicht ohne uns entwickeln konnte? Ich antworte: Nein. Das amerikanische Volk wird niemals ein so wichtiges Urteil über diese Frage abgeben. Wir haben die Hände an den Flügel gelegt, und nun müssen wir diese Flügel auch zuhause anlegen. Wenn wir sehen, daß die amerikanischen Regierungen nicht mit Gerechtigkeit und Schnelligkeit handeln, dann hätte Amerika wahrhaftig und gekämpft.

Ausflug auf den südslawischen Militärrat in Sofia.

Die kleine Entente sieht sich an. — Entschuldigungen Bulgariens. GA. Agram, 4. Nov. (Eig. Draht.) Auf dem südslawischen Militärrat in Sofia, Obersteins, wurde in seiner 11. Sitzung ein Antrag auf die Aufhebung des Abkommens von 1913 über die Neutralität der Balkanländer angenommen. Der Antrag wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Der Antrag wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Besatzung der Bulgaren. GA. Belgrad, 4. Nov. (Eig. Draht.) Der bulgarische Ministerpräsident Jankowitsch hat die bulgarische Regierung in Sofia, um ihm im Namen der bulgarischen Regierung sein Bedauern über die Ereignisse in Belgrad auszusprechen, bekanntgegeben. Der Ministerpräsident hat betont, daß die bulgarische Regierung die Ereignisse in Belgrad als eine Verletzung der bulgarischen Neutralität betrachtet.

Auch Krefeld frei.

WTB. Aachen, 5. Nov. (Draht.) Die Sonderkommission hat Krefeld freigegeben. Am Sonntagmorgen und am Abend sind sämtliche aus der Stadt Krefeld nach ihren Heimatorten zurückgekehrt. Die Sonderkommission hat die Stadt Krefeld freigegeben.

Zur Haltung der Belgier.

WTB. Brüssel, 3. Nov. (Draht.) Der belgische Ministerpräsident Spaak hat die belgische Regierung in Brüssel, um ihm im Namen der belgischen Regierung sein Bedauern über die Ereignisse in Belgrad auszusprechen, bekanntgegeben. Der Ministerpräsident hat betont, daß die belgische Regierung die Ereignisse in Belgrad als eine Verletzung der belgischen Neutralität betrachtet.

England weist die Verräter ab.

GA. London, 5. Nov. (Eig. Draht.) Der britische Ministerpräsident Chamberlain hat die britische Regierung in London, um ihm im Namen der britischen Regierung sein Bedauern über die Ereignisse in Belgrad auszusprechen, bekanntgegeben. Der Ministerpräsident hat betont, daß die britische Regierung die Ereignisse in Belgrad als eine Verletzung der britischen Neutralität betrachtet.

Unverfroren.

WTB. Paris, 4. Nov. (Draht.) Nach einer Mitteilung aus London hat die französische Regierung in Paris, um ihm im Namen der französischen Regierung sein Bedauern über die Ereignisse in Belgrad auszusprechen, bekanntgegeben. Der Ministerpräsident hat betont, daß die französische Regierung die Ereignisse in Belgrad als eine Verletzung der französischen Neutralität betrachtet.

Neue Anschläge.

WTB. Aachen, 5. Nov. (Draht.) Heute hat eine große Anzahl von Anschlägen auf die Eisenbahnstationen in Aachen stattgefunden. Die Anschläge wurden von einer Gruppe von Personen durchgeführt, die sich als Mitglieder der deutschen Wehrmacht ausgaben. Die Anschläge wurden von einer Gruppe von Personen durchgeführt, die sich als Mitglieder der deutschen Wehrmacht ausgaben.

Verkehr.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

abgeschlagen, das Bezirksamt jedoch besetzt. Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Lage im nördlichen Rheinland.

Bonn, 5. Nov. (Draht.) In der Nacht zum Sonntag traf ein mit etwa 2000 Soldaten besetzter Sonderzug der Regiebahnen ein. Die Soldaten sind in der Stadt Bonn stationiert. Die Soldaten sind in der Stadt Bonn stationiert.

In 50 Gefängnissen und Zuchthäusern.

Es sind annähernd 4000 deutsche Männer eingesperrt, die der französischen Besatzungsmacht in der Stadt Bonn stationiert. Die Soldaten sind in der Stadt Bonn stationiert. Die Soldaten sind in der Stadt Bonn stationiert.

Auch Befürchtungen im Saargebiet.

GA. Saarbrücken, 3. Nov. (Eig. Draht.) Im Saargebiet wird ein Separatistenputsch befürchtet. An der Spitze der Bewegung steht der bekannte Major Richter, der nach dem Sturz seines Regiments in Bayern strafversetzt wurde. Der Major Richter ist in der Stadt Saarbrücken stationiert.

Die Lage in Duisburg.

b. Duisburg, 5. Nov. (Draht.) Nach den Ereignissen in Aachen haben sich auch in Duisburg die belgischen Besatzungsbehörden zu einer Herabsetzung ihrer Haltung gegenüber den Separatisten entschlossen. Die belgischen Besatzungsbehörden haben sich zu einer Herabsetzung ihrer Haltung gegenüber den Separatisten entschlossen.

Verhörung zum Generalstreik?

Eine Berliner Korrespondenz berichtet, daß die Berliner Regierung in Berlin, um ihm im Namen der Berliner Regierung sein Bedauern über die Ereignisse in Belgrad auszusprechen, bekanntgegeben. Der Ministerpräsident hat betont, daß die Berliner Regierung die Ereignisse in Belgrad als eine Verletzung der Berliner Neutralität betrachtet.

Lokales.

Elberfeld, 5. November. Der rheinische Provinziallandtag tritt morgen zum dritten Male seit der Befreiung der Rheinlande in unserer Stadt zu einer Tagung zusammen. Die Tagung wird in der Stadt Elberfeld stattfinden.

Kann gegen die Gaswerke strafrechtlich vorgegangen werden?

Diese liegt im Vordergrund stehende Frage behandelt Geheimrat Justizrat Sommerfeldt in der Zeitschrift „Der Rechtsweg“. Der Geheimrat Justizrat Sommerfeldt behandelt die Frage, ob gegen die Gaswerke strafrechtlich vorgegangen werden kann.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Die Eisenbahnverwaltung.

Die Eisenbahnverwaltung hat die Fahrpläne für den Winter 1934/35 veröffentlicht. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt. Die Fahrpläne sind in der Regel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Eisenbahnverwaltung aufgestellt.

Volkswirtschaft, Handel und Industrie.

Dollar
418950 000 000 Mk. G. (amt.).

Geldanlage 420 Milliarden

Reichsbankdiskont 90 v. H.

Geldmarkt am 5. Nov. 100 000 000 000 Papier Mk.

Geldumrechnungsfakt. für Reichshauptm., Zölle
und Eisenbahntarife:

3. Nov. . . 1 Geldmarkt = 76 Milliarden Mk.
4. u. 5. Nov. 1 Geldmarkt = 100 Milliarden Mk.

Lebensm.-Index (29.10.) . . . 13 671 000 000 fach.
(Zurchnitt September 15 000 000 fach.)

Großhandels-Indez (30.10.) 18 700 000 000 fach.

Geldanleihepreis der Reichsbank

640 Dollar für das Rilo fein.

Silberankaufspreis ab 5. 11. 1 M. = 35 Milliarden

Bernbrief bis 20 Gramm . . . 1 Milliarde M.

Bernpostkarte 500 Millionen M.

Festsetzung eines Einlösungskurses für Papiermark.

Berlin, 4. Nov. Heute hat beim Reichsbankpräsidenten unter Zustimmung der Reichsbankdirektoren eine eingehende Besprechung mit Sachverständigen über die Verdrängung von Münzprägungen, zunächst über die Verdrängung des Reichsbankmünzes, ein stattgefunden. Die Besprechung wurde von dem Reichsbankpräsidenten persönlich geleitet. Es handelte sich dabei um eine beabsichtigte Papierdenkmünze, da bekanntlich mit dem Anfratzen der Denkmünze die Notenpresse zum Stillstand kommt. Die Sachverständigen haben die Abzicht der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet und zu bestimmte positive Vorschläge gemacht, das eine endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann. Aus den Kreisen der Sachverständigen ist zugleich mit großem Nachdruck gefordert worden, daß gegen ungenehmigtes Notgeld mit aller Schärfe eingeschritten wird, und daß genehmigtes Notgeld nach unbedingter Verdrängung des dringenden Bedarfs an Zahlungsmitteln sofort einzogezogen werden muß.

Mit der Festsetzung eines Einlöfungskurses für Baplermark erfüllt die Regierung die Vorbedingungen einer erfolgverprechenden Währungsreform. Bei der Festsetzung des Einlöfungskurses sind vor allem zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Der Kurs muß so festgelegt werden, daß die Währungsreform nicht zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führt, und daß der Kurs so hoch liegt, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben.

man zu beachten; erstens darf keine zu große Befürchtung des Scheiterns entstehen und zweitens muß ein Ausmaß erreicht werden, der der Entwässerungsbedürftigkeit der Papiermarkt-Produkte vorzuziehbar, damit die Übertragung der Inflation auf die Geldmasse ermöglicht wird. Man wird also eine Zentralbank im weitestgehenden Sinne als jeden Fall vermeiden müssen. In einem Defizitstaat von 420 Milliarden, wie er heute, letzten Schätzungen zufolge, mit 100 Millionen Soldaten im Kampf um 10 Trillionen Papiermark eingestürzt werden kann, hat bei der steigenden Zersplitterung der mittleren und kleineren Notenpressen selber im Augenblick gar keine Chance; dafür, wie groß die im Bereich befindliche Menge an Geld ist, ist die Zahl der Geldpressen zu gering.

Die 400 Millionen täglich hergestellt werden. Zugleich man
verbrauche, so funktioniert man ebenfalls die Entwertung
des Papiermarkenstoffes, während man bei der Abgabe
einer größeren Forderung des Umlaufstufes wieder
für Spekulation Zins und Zor findet. Die Befestigung
des Umlaufstufes würde eine grundlegende
Veränderung des Geldumlaufes bedeuten.
Es würde damit mit der früheren Plan, die Ren-
denmarkt zur gelebten Währung zu machen und die
gegenüber der Papiermarkt nur noch Scheidemünzen.
Daher zu dessen, wieder aufleben. Das scheint aber
überausordentlich schwerer durchführbar, solange die Be-
deutung der Papiermarkt zugunsten der Reichsbank-
scheiters und der Kreditbank an Erträte noch andert.

Der neue Ankaufspreis für Reichsilbermünzen.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 5. November ab bis auf weiteres zum 50prozentigen Betrage des Nennwertes.

Umsatzsteueranfuhrkurse für Oktober.
(Durchschnittsmittelwerte von März 1927 bis März 1928)

Verfahrensmittel in sich, hat, so Europa-
verhältnisse b und c können von den Steuerpflichtigen
nur in Anspruch genommen werden, wenn 1. es sich um
Lieferungen in das europäische oder außereuropäische
Ausland handelt, 2. der Lieferant dem Erwerber gesondert
die Kosten der Verfertigung und Beförderung trägt
und 3. die aus der Durchführung der Steuerpflichtigen
als Voraussetzungen in 1. und 2. zweifelsfrei ergeben:
Belgien a) 1250, b) 1070, c) 940; Bulgarien 225, 200,
75; Dänemark 4100, 3700, 3800; England 107.000,
66.000, 54.000; Finnland 630, 570, 500; Frankreich 1400,
220, 1100; Holland 9300, 8300, 7300; Italien 1060, 950,
840; Jugoslawien 290, 260, 230; Norwegen 3700, 3300,
2900; Deutsch-Oesterreich (190 Austria) 34, 30, 20;
Schweiz 110, 100, 90; Schweden 6200, 5600, 5000;
Türkei 4200, 3820, 3400; Spanien 3200, 2850, 2500;
Japan-Slowakei 700, 650, 560; Ungarn 1.3, 1.15, 1;
Sibirien 11.600, 10.400, 9200; Argentinien 7500, 6700,
6000; Brasilien 2200, 1950, 1750; Serbien-Stanzen von
Nordamerika 24.300, 21.500, 19.000.

Austritt des Eisenhändler-Verbandes aus dem

Stadtbund.
Die Wirtschaftliche Vereinigung der
Hafenbändler Deutschlands hat in ihrer jüngsten
überausbedeutenden Mitgliederversammlung eine ein-
stimmige Entschliessung gefasst, worin zum Aus-
druck gebracht ist, daß die derzeitigen Verhältnisse des
Kampfers-Auslaufes des Deutschen Stadtbundes
es mit den Lebensnotwendigkeiten des Handels
und einer Abnehmer nicht in Einklang gebracht werden können.
Sie seien technisch nicht durchführbar und nicht aus-
führbar. Die Vereinigung sei nicht mehr länger in der Lage,
die Verantwortung für die Verhältnisse des Kampfers-
Auslaufes mitzutragen; sie habe daher ihrer Mitglieder
in die Verhältnisse des Kampfers-Auslaufes nicht mehr
verbunden. Im Laufe der Hauptversammlung des Deut-
schen Stadtbundes erklärte der Sprecher der Wirtschaft-
lichen Vereinigung den Austritt aus dem Kamp-
fers-Auslauf des Deutschen Stadtbundes bis
an die Einführung eines vorübergehenden Zahlungs-
mittels.

Drinken.
 Meeres-Moribessin. — Dillert, und

Der holländische Richter, Herr van der Meer, hat heute in Amsterdam, den 11. Okt., ein Urteil gefällt, das Baron von der Hoeft beabsichtigt, binnen kurzem eine neue deutsche Bank, die als Vertreterin des Barmer Bankvereins auftreten werde, in Amsterdam zu errichten. Dazu wird mitgeteilt, daß die Mitglieder des H. Rottsch. Court über eine Zweigvereinbarung des Barmer Bankvereins in Amsterdam nicht ins Einvernehmen gekommen sind. Dagegen dürfte es richtig sein, daß zwischen dem Barmer Bankverein und der Disconto- und Effektenbank in Amsterdam Verhandlungen auf Abschluß einer Interessengemeinschaft schweben, derart, daß der Barmer Bankverein einen größeren Aktienposten von der Disconto- und Effektenbank übernimmt. Die letztere, die mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Gulden ausgestattet ist, wird unter der bisherigen Leitung ihre Selbständigkeit behalten.

Aus der Industrie.

Verleugungsbetrüben. A. G. Eisenfeld. In der Aufsichtsratsung ist beschlossen worden, der Eisenfeld einzubereuen Generalversammlung eine Kapitalerhöhung um 70 Millionen vorzuschlagen, da die Gesellschaft sich in kurz vor dem Abschlusshende Verhandlungen betreffend Angliederung an weiteren Banken und derg. Erwerb eines Grundbesitzkomplexes befindet, die für die weitere Entwicklung der Gesellschaft die besten Aussichten bieten.

Alexanderwerk A. von der Rahmer. A. G. Remscheid. Der Abschlag für 1922/23 ergab sich folgendes 349.334 Mark (im Vorjahre 212.567 Mark) Vortrag nach 6.687.735 Mark (245.436 Mark) Abfertigung einen Reingewinn von 5.183.718 1/2 Mark (4.802.397 Mark), woraus 2,5 Milliarden Mark dem Verwaltungsverband zugewiesen und neben einigen anderen Rückstellungen 1.183.719 1/2 Mark vorgetragen werden. Von der Ausschüttung einer Dividende (im Vorjahre 25 Prozent) wird mit Rücksicht auf die augenblicklich schwierige wirtschaftliche Lage abgesehen. Als Kapitalerhöhung vom 3. Juli ds. Js. angesetzt werden.

Ausdehnung der Rarabdt-Gruppe. Die vor Jahresfrist gegründete Berliner Modelfirma Landsheim u. A. G. hat sich, laut „Köln“, aufgelöst. Die Geschäftskreise werden von der zur Rarabdtgruppe gehörigen Konfektionsfirma Emma Pette, Lud u. Landsheim übernommen. In der Lebensweise ist auch eine abtreibende Firma des Berliner Wohnraumgroßhandels erheblich beteiligt.

Berliner Wertpapierbörse.

effekten weiter sehr fest. — Starke Kurssteigerungen namentlich auf dem Markt für unnanzierte Werte. — Unverändert feste Nachfrage nach Devisen, Goldanleihe und Dollarschätzen.

GA Berlin, 5. Nov. (Ein. Tradit.) Das Ge-
schäft wurde heute ziemlich ruhig, da Waren gegen
Spekulation zu gut wie gar nicht vorgekommen wurden.
Die Aufstellungen werden erreicht angesichts der
überwunden Waren Nachfrage wieder das Juni-
e und noch weit höhere Ausnahme. Die meisten
Umsätze mußten aber wieder bis zur Ausrüstung ausgesetzt
werden. Im Verlaufe festes als die Aufstellung noch
aber nur auf einzelnen Gebieten kam es zu leb-
hafteren Umläufen.

dem Deutschmark war die Nachfrage auch heute wieder ungewöhnlich stark. Die Lage hat sich infolgedessen immer mehr verbessert, als die Regierung täglich neue Verordnungen und Maßnahmen aus dem Gebiete des Geldwesens trifft. Der Reichsbank-Ausweis wurde jetzt erst veröffentlicht, da er außer der Vermehrung des Banknotenumsatzes um 405.000 Millionen während der dritten Erhebungswoche auch noch ein sehr bedeutendes Anwachsen der fremden Guthaben um 305.000 Millionen zeigt und damit die Finanzprüfung der Mittel der Reichsbank viel schärfer in die Erscheinung treten läßt. Der Devisenbedarf war heute entschieden höher, als am Samstag. Die amtlichen Aufträge blieben aber unverändert. Allerdings waren die Zuteilungen noch etwas schärfer, inwiefern dieser künftigen die Wiederherstellung der mangelnden Devisenkräfte bei der dritten Teilumkehrung in Verbindung mit dem Geldmarkt verloren, an welchem die reichmark bauend schneller nettet und teilweise überaus gestiegen wird. Die Reparationen waren meist aus 15 Prozent Auszahlung Neupost mit einem 116,50 Milliarden und Auszahlung Sonden am 1. April 1924.

Im Verlaufe blieb die Stimmung sehr fest und die Kurssteigerungen am Effektenmarkt waren nicht gering. Die Börse lakot bei festester Stimmung, der verhältnismäßig ruhigen Geschäft. Nach Gold-, Silber- und Dollarscheinanforderungen war die Nachfrage wieder sehr stark, so daß sie für Dollarscheinanforderungen wieder nicht befriedigt werden konnte; notierten gestiegenen Geld. Goldanleihe wurde heute erst spät notiert, und zwar zum amtlichen Dollarkurs von 420 Milliarden. Alle Aufträge sind nur mit Prozent repariert worden.

Der Geldmarkt ist sehr flüssig; tägliches Geld zu 2½—3½ Prozent reichlich angeboten.

Der Markt für unnotierte Werte war heute wesentlich lebhafter als der Markt für variable Papiere. Die Stimmung war auch hier fest und die Kurssteigerungen erreichten mehrfach Verbesserungen. Verzeichnungen der Kurse setzen auch in Markt der Kuponpapiere vor.

reiverkehrskurse der Berliner Börse vom 5. Nov.

[illegible]

000, Adler Kali 30 000, Untmend. Guss 4500,
000, Sloman Salpeter 15 000, Romane

hosphor — Diamond 36 000, Saliterra 350 000,
 isp. Am. de El Arg. 6proz. 190 000, Spen
 nien 190 000, dito Altien Alt. A 490 000, El
 etv.-Ind. 18 000, Deutsche Erdöl 100 000, Fels
 000, Neu 200 000, Wsch. Weisling. 2500.

Denisenkurle

Amthliche Berliner Devisenkurse.
(In 1000 Mark.)

Zahlungstyp	3. November		8. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Band 1	Geld 1164588000	165419000		

[illegible]